



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Heß, Adolf: Eine Gesandtschaft Peters des Großen in Hannover und
Braunschweig (1709-10) : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

zur Verteidigung der Vorlage die Worte gebraucht, daß wir selbstherrlich werden müßten, daß wir auf freiem Erdenrund keine Knechte im Dienste anderer mehr zu sein brauchten.

Das war ein starkes Manneswort und für den, der die Geschichte nicht nur als Tabelle im Gedächtnis mit sich herumträgt, von greifbarem Inhalt. Trotzdem wurde damals von den Sozialdemokraten die Redewendung als eine leere Phrase bezeichnet und zugleich darauf hingewiesen, daß wenn überhaupt von Knechtschaft die Rede sein könne, der Vertreter der Regierung, der den Mund so voll nehme, in die Zeit zurückzublicken solle, wo deutsche Landesfürsten ihre eignen Untertanen als Söldlinge an fremde Mächte verschachert hätten.

Noch jetzt, wenn man sich diesen wilden Angriff auf den Grafen Bülow ins Gedächtnis zurückruft, muß man sich darüber wundern, daß in den Reihen der nationalen Parteien kein Redner die einzig richtige Antwort darauf gefunden hat. Wenn die Parteimitglieder, die den Worten ihres Redners das rauschende Bravo zuriefen, davon keine Ahnung hatten, daß sie sich mit diesem Beifall selber ins Gesicht schlugen, so hätte ihnen doch die Gegenpartei eine satirische Beleuchtung nicht ersparen dürfen. Es ist die Frage, wer den landesherrlichen Partikularismus, unter dem der schmählische Menschenschacher geschehen konnte, endgiltig aus dem Lande gejagt hat. Das haben nicht die Redner aus der Paulskirche in Frankfurt, auch nicht die ganze Demokratie aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts getan, sondern der vielgeschmähte preußische Militarismus, den ein großer Mann in die Hand nahm und als eisernen Rehrbesen gebrauchte, das alte Gerümpel aus den Ecken zu fegen, nachdem sich die Zeit erfüllt hatte.

Die Zeiten haben sich von Grund aus geändert. Auch in Italien gibt es keine Frage mehr, die einen Garibaldi veranlassen könnte, ihre Lösung an der Spitze von Freischaren zu versuchen. Nur das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche hat sich noch nicht in das freie staatliche Gefüge finden können, aber die internationalen, konfessionell gebundenen Legionen, die diese Weltmacht ausschießt, um verlorne Posten wieder zu gewinnen, sind anderer Art, als die von Staats wegen unter Donner und Blitz der Kanonen im Felde stehn. England ist von allen europäischen Großstaaten der einzige, der in der nationalen Heeresrüstung noch rückständig ist, nicht bloß mit seiner Landmacht, sondern auch mit seiner Marine. Die englische Flotte beherrscht noch immer das Meer, aber wie gewaltig sie auch ist, so hat sie doch ihre verwundbare Stelle. Abgesehen davon, daß die Bemannung für alle die vielen Kriegsschiffe, mit denen Großbritannien seinen riesigen Länderbesitz schützen will, nicht ausreicht, ist auch die vorhandne mit einem starken Prozentsatz von Angehörigen fremder Nationen durchsetzt. Das braucht noch nicht gefährlich zu sein, aber es kann in dem Zusammenstoß mit mehreren Mächten, die in der Vereinigung der englischen Macht gewachsen sind, verhängnisvoll werden.

In dem Landkriege mit dem kleinen Volke der Buren ist der Mangel einer auf nationaler Aushebung beruhenden Wehrkraft den Engländern schon

sehr fühlbar geworden, und noch ist nicht abzusehen, wie der mehr und mehr steigenden Not mit den vorhandenen landesüblichen Mitteln gesteuert werden könnte. Der britische Stolz, der sich in frühern Zeiten mit der Verspottung deutscher Bettelpolitik ein Genüge tat, würde in den gegenwärtigen Bedrängnissen seine Lust an Ironie und Satire gern unterdrücken, wenn er wie seinem Bedarf an Pferden so seinem Menschenmangel durch Kauf abhelfen könnte. Ob es wahr ist, was vor Jahr und Tag von dem Umherschleichen englischer Werber auf deutschem Boden in den Zeitungen erzählt wurde, kann füglich dahingestellt bleiben. Jedenfalls klangen die Nachrichten nicht unwahrscheinlich, und neben den Heldentaten Tommys würde sich die Disziplin deutscher Fremdenlegionen noch immer stattlich genug ausnehmen.

Aber die Pforten des Reichs, die früher für jeden Werbeoffizier weit offen standen, sind jetzt geschlossen und werden für alle Menschenexportgelüste zu Kriegszwecken fest zugehalten. In der äußern Politik steht England in einer bedenklichen Vereinsamung, die die Briten selbst aus Mangel an einem bessern Ausdruck früher splendid isolation nannten. Von Zeit zu Zeit hört man das Wort jetzt auch noch, aber denen, die es gebrauchen, ist selbst nicht recht wohl dabei. In der Einsamkeit schleicht den Menschen, wenn es immer stiller und dunkler wird, Beklommenheit ins Gemüt, und um ihrer Herr zu werden, suchen sie sich mit der eignen Stimme zu helfen. Daß die stolzen Engländer jetzt schon Angst hätten, soll nicht behauptet werden, aber wenn sie sich vor einer kommenden bewahren wollen, täten sie besser, statt so laut zu schreien, sich an eine stille Arbeit zu machen. Denn auf die Dauer kommen die glücklichen Bewohner des meerumflossenen Albions auch nicht um das herum, was andre Völker in der Erkenntnis, daß für die Gesundheit ihres Leibes nichts dienlicher ist als eine straffe Erziehung, schon lange zum Gesetz bei sich gemacht haben.



Eine Gesandtschaft Peters des Großen in Hannover und Braunschweig (1709—10)

(Schluß)



uf die spätere Nachgiebigkeit Hannovers hatte Kurafins diplomatische Tätigkeit Einfluß, dann aber besonders auf das im Haag und in Regensburg geschlossene Bündnis, das die Westmächte mit dem Nordischen Bunde zusammenführte und der Ruhe im Innern des Reichs dienen sollte. Dieses Bündnis wurde auf Anregung der russischen, preussischen, polnischen und dänischen Gesandten geschlossen und bestand im wesentlichen darin, daß sich England, Holland und Deutschland verpflichteten, Fürsorge zu tragen, daß die nordischen Kriegführenden den Brand nicht in das Reich hineinbringen; Deutschlands Neutralität sollte unter Umständen mit Waffengewalt aufrecht erhalten werden. Im einzelnen

Grenzboten III 1905

16

kamen die Vertragsmächte überein, die deutschen Provinzen Polens und Dänemarks wie auch Schleswig und Holstein vor jedem Angriff durch die in Pommern stehenden Schweden zu beschützen. Diesem Bündnis traten Hannover und die Nordmächte bei; für die Westmächte war es wichtig, daß die Streitkräfte der Verbündeten nicht durch Unruhen im Reiche von dem Kriege mit Frankreich abgezogen wurden. Die nordischen Mächte aber hielten auf diese Weise die Schweden von einem Vorstoß gegen die deutschen Provinzen der Verbündeten Peters des Großen ab und konzentrierten so ihre eignen Streitkräfte gegen Schweden außerhalb Deutschlands.

In der Zeit, um die es sich hier handelt, nämlich in den letzten Monaten des Jahres 1709, zielte das Bündnis zunächst auf die erwähnten Truppenkräftsaus in Pommern, deren kriegerische Aktionen gegen Sachsen und das südliche Dänemark verhindert werden sollten. Aber die Verhandlungen über die „Neutralität Deutschlands,“ die im Haag geführt wurden, zogen sich in die Länge. Die Westmächte erklärten zwar, die Schweden in Pommern zurückhalten zu wollen, gaben aber nicht die nötigen Garantien, sondern beschränkten sich auf Drohungen gegen Schweden, wenn es Pommern verlasse, und vertrödelten die Zeit. Die Schweden willigten in die Neutralität Deutschlands wohl ein, aber unter der Bedingung, daß die dänischen Truppen keinen Vorstoß gegen die schwedischen Provinzen im Reich unternähmen. Solange diese Unterhandlungen geführt wurden, konnten die Schweden, da zunächst keine feindliche Streitmacht vorhanden war, die Drohungen einfach ignorieren und aus Pommern herausziehen, während den Verbündeten durch die Unterhandlungen die Hände gebunden waren. Deswegen eben hatte der Bündnisabschluß mit Hannover solche Eile, Rußland hätte wenigstens an ihm einen Bundesgenossen gehabt.

Die Verhandlungen im Haag suchte Fürst Kurakin zu benutzen, einen Druck auf den Kurfürsten auszuüben. Am 24. Dezember erfuhr er in einer Konferenz mit dem Kurfürsten, daß der Vorschlag, der wegen der schwedischen Truppen in Pommern gemacht worden war, in Holland und auf dem deutschen Reichskonzil angenommen sei; aber dann zogen sich die Verhandlungen über den weitergehenden Vorschlag der nordischen Verbündeten: nicht nur aus Pommern, sondern auch aus den übrigen Provinzen im Reich keine Feindseligkeiten zu eröffnen, sehr in die Länge. Unterdessen erhielt Fürst Kurakin am 3. Januar die Nachricht, der Kurfürst habe trotz seinem in Worten gegebenen Versprechen sechs schwedische Dragonerabteilungen (6000 Mann) aus Pommern durch sein Land nach Bremen ziehen lassen. Dieses Zugeständnis bedeutete nach Kurakins Auffassung eine Begünstigung Schwedens und eine Benachteiligung des Zaren, weil die Schweden in Bremen Zuzug erhalten und dann über Rußlands Verbündeten Dänemark herfallen konnten. Bernsdorff beruhigte Kurakin und erklärte, der Kurfürst habe dieses Zugeständnis wegen früherer Verträge mit Schweden gemacht; ein Verbot hätte andeuten können, daß er einseitig auf seiten Rußlands stehe, und diesen Anschein wünsche er nicht zu erwecken. Hannover begünstige Schweden nur dann, wenn es ihm erlaube, in fremde Provinzen zu ziehen, nicht aber in seine eigne: Bremen. Auch sei der Durchzug wirklich nötig gewesen. In Pommern allein könne Schweden nicht

genügend Proviant und Furage finden. Ferner sei der Durchmarsch nur unter bestimmten Bedingungen gemacht worden: die Truppen marschierten unter hannoverscher Aufsicht, müßten in Bremen friedlich im Winterquartier bleiben und dürften niemand angreifen. Endlich erfolge durch Gewährung des Durchmarsches eine Teilung des Korps Krassau, wodurch dieses geschwächt würde. Eine Rückschaffung der Schweden aus Bremen nach Pommern geschehe nicht; davon sei zwischen Schweden und Hannover nicht die Rede gewesen. Wenn die Schweden Dänemark angreifen wollten, würden sie aus Bremen nicht hinausgelassen werden. Hannover habe also den Zaren durch Gewährung des Durchmarsches in keiner Weise geschädigt.

Diese Antwort Bernsdorffs befriedigte Kurakin nur zum Teil. Am 15. Januar hat er den Minister wiederum, die Zahl der nach Bremen durchzulassenden Truppen zu beschränken, und erhielt zur Erwiderung, mehr als fünf- bis sechstausend würden nicht durchgelassen werden. Dann verhandelte man weiter über das Bündnis. Bernsdorff glaubte, die Frage der garantierten Neutralität des Reichs läge eher im Interesse Schwedens als Rußlands. Denn falls die Garantien gegeben würden, könnten die nordischen Mächte keinen Angriff mehr gegen Schweden unternehmen; die Garantiestaaten müßten ihren Vorteil wahren, und wenn der Spanische Erbfolgekrieg beendet wäre, würde nicht nur Hannover, sondern auch die übrigen deutschen Fürsten nicht imstande sein, etwas zugunsten Rußlands zu tun, denn die Garantien bänden ihnen die Hände.

Fürst Kurakin legte diese Bemerkungen Bernsdorffs dahin aus, daß Hannover in Zukunft einem Bündnis mit Rußland nicht abgeneigt sei. Aber trotz den beruhigenden Worten drang der Fürst in den weiteren Konferenzen darauf, daß man ihm die definitive Antwort des Kurfürsten über die Garantien mitteile, damit der Zar und seine Verbündeten für alle Fälle ihre Entscheidung treffen könnten. Für Peter war vor allem eine Aufklärung der Dinge in Deutschland, ein effektiver Schutz des polnischen und des dänischen Verbündeten vor Krassaus Truppen erwünscht. Kurakin erhielt zur Antwort, Hannover wolle die Garantie übernehmen, aber nur unter der Bedingung, daß die übrigen Alliierten damit einverstanden wären; allein könne es die Verantwortung in einer so wichtigen Sache nicht übernehmen. In Übereinstimmung hiermit schrieb der Kurfürst dem Vertreter Hannovers im Haag, Bothmer, er solle gemeinsam mit den andern Mächten für das Zustandekommen des Abkommens über die Garantie sorgen.

Obgleich also Hannover in Übereinstimmung mit Kurakins Vorschlägen handelte, zog es doch die Sache in die Länge und war inzwischen auch nicht abgeneigt, Schweden zu helfen. So hat unter anderm der schwedische Hof den Kurfürsten um Geld. Das wurde ihm allerdings abgeschlagen; aber Hannover willigte in eine Unterstützung Schwedens durch Kauf einiger Bremer Landesteile nicht weit von Hamburg, die der schwedischen Regierung jährlich sechstausend Speziestaler einbrachten. Kurakin konnte den Kurfürsten hieran nicht hindern. In einem Brief an Golowkin vom 5. Januar schreibt er offen, es sei schwer, von der gegenwärtigen Lage genaue Mitteilung zu machen. „Ich

habe von Anfang an keine einzige der hiesigen bedeutenden Persönlichkeiten ins Vertrauen ziehen können und sehe hier mehr Gegner als Freunde. Der Sohn des Kurfürsten zeigt mir keine Anhänglichkeit, sondern eher Abneigung. Und wenn mir der Kurfürst ein wenig geneigt ist, so ist er es nur infolge der Politik, zu der ihn Poltawa veranlaßt hat."

Später deutet Kurakin auch die Ursachen dieses Verhaltens Hannovers gegen ihn an. Seit Anfang Januar 1710 waren mehr oder minder bestimmte Gerüchte über einen Frieden mit Frankreich in Umlauf. Mitte Januar sagte der Kurfürst selbst zu Kurakin, daß gute Aussichten auf den Frieden mit Frankreich wären; man sei nur noch über einen Punkt uneinig, nämlich die Abgrenzung der spanischen Monarchie. Da aber der Hauptimpuls der in den Spanischen Erbfolgekrieg verwickelten Mächte zu einer Annäherung an den Nordischen Bund die Furcht gewesen war, der Nordische Krieg möchte auf das Reich übertragen und dadurch die Truppen von Frankreich abgelenkt werden, so hörten mit Beendigung des Erbfolgekriegs natürlich die Annäherungswünsche auf. Kurakin deutet auch noch einen andern Grund für das geringe Entgegenkommen Hannovers an. „Der hiesige Hof verfolgt eifersüchtig die Fortschritte des dänischen Königs und wünscht natürlich nicht, daß Dänemark eine Großmacht wird.“ Darum die Unterstützung Schwedens. Darum, sagt Kurakin, sind die Hannoveraner innerlich Freunde Schwedens!

Die Politik Hannovers wurde besonders deutlich, als Kurakin am 14. Februar die Anmerkungen seiner Regierung zu dem eingefandten Vertragsentwurf erhielt. Aus der erhaltenen ersten Niederschrift kann man ersehen, wie langsam der Entwurf zustande kam, und wie Kurakin jedes russische Wort, jeden einzelnen Ausdruck verteidigte. Die Hauptschwierigkeiten machten die Punkte 1, 4 und 5. Es würde zu weit führen, alle die einzelnen Phasen der Verhandlungen zu verfolgen. Am 1. März 1710 einigten sich Bernsdorff und Kurakin dahin, daß man nunmehr den Text des Vertrags definitiv feststellen und zu ihm nichts mehr hinzufügen noch etwas weglassen wolle. Aber trotzdem verstrich noch lange Zeit. Am 23. März schreibt Kurakin an Solowkin, er habe gestern mit dem Kurfürsten eine zufriedenstellende Unterredung gehabt, in der seine (Kurakins) Unzufriedenheit mit den Abänderungen des Entwurfs und der langen Hinzögerung der Angelegenheit zum Ausdruck gekommen sei. Die Folge dieses Protestes Kurakins war, daß der Kurfürst „große Geneigtheit“ zeigte, den Vertrag in der frühern Form, so wie er von Kurakin ausgearbeitet worden war und in Übereinstimmung mit den Moskauer Anmerkungen, abzuschließen, das andre Projekt aber fallen zu lassen. Bernsdorff drückte sogar die Hoffnung aus, der Kurfürst werde einen beglaubigten Gesandten nach Rußland schicken.

Freitag, den 23. Juni erfolgte im Beratungs-saal des Schlosses um sieben Uhr Abends die feierliche Bestätigung des Vertrags. Als Fürst Kurakin den Konseil betrat, empfingen ihn auf der Flur die Minister Bernsdorff und Göriz. Dann ließ man den Fürsten in den Saal treten, wo die Plätze um den Tisch bestimmt waren. Der Fürst saß am Tischende auf einem besondern Platz; an der Wandseite saß Baron Göriz, auf der andern Bernsdorff. Dem Fürsten gegenüber saßen die Sekretäre, der hannoversche: Reigh und der russische: Wese-

lowski. Da Kurakin zum Abschluß des Vertrags unbedingt Vollmacht haben mußte, so legte er nunmehr sein Beglaubigungsschreiben vor, das ihm die weitestgehende Vollmacht gab. Bis dahin hatten die Minister wohl nach Kurakins Akkreditiv gefragt, er hatte es aber niemals vorgelegt, da es sich ohne Eigenschaft eines Gesandten weit einfacher in Hannover leben ließ, und da die Minister ihm auch ohnedies Glauben schenkten. Der Vertrag wurde in drei Exemplaren unterschrieben: eins, in deutscher Sprache, wurde dem Kurfürsten eingehändigt; die beiden andern, in deutscher und russischer Sprache, erhielt Kurakin zur Absendung nach Rußland. Unten rechts auf dem Vertrage stand: „Auf Befehl Sr. Majestät des Zaren unterfertigt vom Oberstleutnant der Garde Fürst Boris Kurakin“ und links: „Minister Bernsdorff, Minister Baron Göriz.“ Dann folgten die Siegel der drei Bevollmächtigten. Außer diesem Vertrag wurde dem Fürsten Kurakin ein *article séparé* eingehändigt, der von dem Rechte des Kurfürsten handelte, Land und Leute von der schwedischen Krone durch Kauf oder durch Verpfändung zu erwerben. Kurakin nahm den Artikel entgegen, der von den Sekretären Reigh und Weselowski unterzeichnet war.

Am 7. Juli wurde durch besondern Kurier aus Petersburg die Beglaubigung des Vertrags geschickt. Am 18. Juli erhielt Reigh „im Namen seiner zarischen Majestät 100 Dukaten als Präsent“; am 21. Juli erhielten auch die Minister Geschenke. Kurakin schrieb hierüber am 29. Juni dem Grafen Solowkin: Geschenke mündlich versprechen sei unmöglich; daraus entsünde „nicht geringer Argwohn“, wenn die Minister hinterher nicht befriedigt würden. „Was ich schicken kann, werde ich hergeben.“ Am 21. Juli erhob Fürst Kurakin bei Matthäus Poppe 700 Dukaten, legte das übrige aus seinen Mitteln hinzu und beschenkte die Minister so: Bernsdorff 500 Dukaten, Göriz 500; Geheimer Rat Gottorf, der die Ratifikation beglaubigt hatte: 100, die Kanzlei 100 Dukaten; insgesamt mit den früher an Reigh gegebenen hundert: 1300 Dukaten, von denen Kurakin 600 aus seinen Mitteln hinzufügte.

Die Geschenke sandte Kurakin nicht nur, weil das so üblich war, sondern weil es Rußland Vorteil brachte. „Im gegenwärtigen Nordischen Kriege, schrieb er, wird der hannoversche Hof uns immer nützlich sein, nicht nur im Reich, sondern auch in England und in Holland; Hannover ist überall geachtet und hat mehr Kredit als die andern Mächte.“ Kurakin bat Solowkin, die Geschenke möchten durch seine (Solowkins) Hände gehn; wenn sie durch fremde Hände gingen, könnte ihm „einiger Affront“ daraus entstehn. Kurakin wollte natürlich sein Geld zurückerstattet haben; das veranlaßte ihn, von einem eventuellen „Affront“ zu schreiben. Das Geschenk an Bernsdorff schickte der Fürst durch den Kammerdiener Dgarkow in einem samtnen, mit Borten eingefassten Beutel, mit einem Zettel, verstegelt; das an Göriz besorgte ein Page, der den Beutel „seiner Dame und dem Sohne, welcher Oberschenk hieß,“ ablieferte.

Auf den glücklichen Abschluß des Vertrags hatte sicherlich das Kriegsglück des Zaren Einfluß. Während der Verhandlungen berichtete Fürst Kurakin dem Kurfürsten von der Einnahme Elbings, Rigas, Wiborgs und anderer Städte, was mindestens von derselben Wirkung war wie das diplomatische

Talent Kurafins. Zugleich mit dem russischen Vertrage schloß Hannover mit Dänemark ein Defensivbündnis auf fünf Jahre. In Rußland war man mit dem Vertragsabschluß sehr zufrieden. Graf Golowkin schrieb an Kurafin, der Zar habe seine Dienste und Mühen in dieser Angelegenheit sehr gnädig aufgenommen. Ebenso war man auch in Hannover zufrieden und handelte dementsprechend: den hannoverschen Gesandten im Auslande wurde durch Weisung des Kurfürsten befohlen, sich mit den Russen in Verbindung zu setzen. Kurafin hatte hierzu die Anregung gegeben. Als er bei Hofe die Einnahme Wiborgs mitteilte, ließ er gegenüber den Ministern einfließen, es wäre angebracht, daß Hannover dem Zaren eine „glückwünschende Botschaft“ schicke, die dieser zuerst erwartete. Auf diese Weise würde am besten der Anfang mit einem schriftlichen Verkehr gemacht. Kurafin erhielt zur Antwort, der Petersburger Hof habe selbst sein Versprechen nicht gehalten; wenigstens habe er von der damals bevorstehenden Verlobung der Nichte Peters, Anna Johannowna, mit dem Herzog von Kurland keine Mitteilung gemacht. Kurafin bemühte sich dann, dieses Versehen wieder gut zu machen, und empfahl auch eine geeignete Persönlichkeit, durch die man, nach seiner Abreise, Botschaften schicken könne: es war der Hamburger Resident Böttcher, der jederzeit leicht zu erreichen war.

Kurafin fürchtete, man möchte ihn selbst zum ständigen Residenten in Hannover machen, wozu er absolut keine Neigung hatte. Der sehr beschränkte Wirkungskreis sagte ihm nicht zu; andererseits hatte er sich während seines Aufenthalts in Hannover infolge ungenügender Mittel nicht die Stellung schaffen können, die ihm nach seiner Herkunft und der nahen Verwandtschaft mit dem Zaren zukam.

Außer dem Bündnis hatte Kurafin in Hannover noch andre Geschäfte zu erledigen. Man hat Grund, anzunehmen, daß er bei der Verlobung der Prinzessin von Wolfenbüttel mitwirkte. Peter hatte, im Wunsch, seine Beziehungen zu Norddeutschland fester zu gestalten, für den Zarewitsch Alexei eine Braut aus dem Hause Braunschweig-Wolfenbüttel gewählt. Es war die Enkelin Anton Ulrichs, Tochter seines Sohnes Ludwig Rudolf und Christine Luizens: die Prinzessin Charlotte Christine Sophie, Schwester der Gemahlin des zukünftigen deutschen Kaisers Karls des Sechsten. Der Zar wünschte diese Ehe, der Zarewitsch dagegen, der Peters Politik nicht billigte, wünschte sie nicht. Während der ersten Anwesenheit Anton Ulrichs in Hannover, Anfang Januar 1710, traf Kurafin mit dem Herzog zusammen und hatte eine Audienz bei ihm. Der Herzog kam ihm respektvoll entgegen. Die Unterhaltung wurde Französisch geführt. Anton Ulrich titulierte Kurafin „Exzellenz,“ dieser den Herzog „Alteffe.“ In der Unterredung sagte Anton Ulrich: „Ich weiß, daß der Zar seine Absicht nicht ändert und sein Wort über die Ehe mit dem Zarewitsch hält. Obgleich ich viele Bemerkungen über den Zaren höre, daß er mit seinem Wort nicht zuverlässig ist, so bin ich persönlich doch sicher.“ Hierauf erwiderte Kurafin, der Zar hielte immer sein Wort, ohne jede Ausnahme! Wenn die beabsichtigte Ehe bis jetzt noch nicht zum guten Ende gekommen sei, so sei der Krieg daran schuld. Nach dessen Beendigung würde sie ohne Frage vollzogen werden. Der Herzog antwortete, der Papst bemühe sich, die Ehe zu ver-

hindern; er habe nach Dresden, wo der Zarewitsch Studien halber weilte, seinen Neffen Hannibal geschickt, der dem König August insgeheim Anerbieten gemacht habe, Alexei mit einer katholischen Prinzessin aus sächsischem Hause, die in Wien erzogen und mit dem Prinzen von Fürstenberg verwandt war, zu verheiraten. Es war dessen Richte, eine Tochter des Fürsten von Liechtenstein. Kurakin erwiderte, so viel ihm bekannt sei, sei das Gerücht nicht richtig; der Zar bräche sein Wort nicht und sei auch der lutherischen Religion mehr zugetan als der katholischen.

Tags darauf sagte der Herzog, Matwejew (der russische Gesandte im Haag) hätte die Ehe als unmöglich bezeichnet, wenn die Prinzessin nicht ihren Glauben änderte. Da aber ihre Schwester, die den König von Spanien (Karl den Sechsten) geheiratet, ihren Glauben ebenfalls geändert habe, so könne auch Charlotte zur griechisch-katholischen Kirche übertreten. „Trotzdem glauben wir nicht, daß man uns zu dieser Glaubensänderung nötigen wird.“ Kurakin erwiderte: „Was die Religion anlangt, so läßt sich darüber immer noch reden.“

Um dieselbe Zeit schrieb Kurakin an Golowkin, man habe in der Wolfenbüttler Familie Nachricht von der Rückkehr des Zarewitsch aus Krakau (wohin er aus Dresden gefahren war) nach Moskau erhalten, während die Prinzessin mit ihrer Mutter eigens nach Dresden gereist sei, um dem Zarewitsch zu begegnen. Dieses Gerücht erregte die herzogliche Familie um so mehr, als sie immer und überall von der Verlobung geredet hatte. Jetzt hielt man die plötzliche Rückkehr des Zarewitsch für einen „nicht kleinen Affront“ — wie Kurakin schrieb.

Aber das Gerücht war nicht richtig. Briefe aus Polen und Sachsen besagten etwas ganz andres. Fürst Menschikoff sandte einen Sekretär nach Dresden, um die Abwesenheit des Zarewitsch zu entschuldigen und die Gründe mitzuteilen, die ihn veranlaßt hätten, diesmal in Krakau zu bleiben. Es war auf Veranlassung Menschikoffs bei der Abreise König Augusts nach Sachsen geschehen.

Ende Januar kam Kurakin mit dem Kurfürsten, den er begleitete, persönlich nach Braunschweig und hatte wieder mit dem Herzog eine Unterredung über die Ehe. Kurakin kam wieder inkognito; beim Eintritt in die Stadt am Tore nannte er sich wieder „Kavalier Luka Popow“ aus Moskau. Von dort fuhr er direkt ins Schloß, wo er Quartier bei einem Hofbeamten, einem „Konseiller,“ angewiesen erhielt; zur Bedienung war ein Lakai da; „Essen und Trinken herzoglich.“ Am nächsten Morgen um zehn Uhr kam der Hofmarschall, begrüßte ihn und fragte nach seinem Wohlergehn. Der Herzog lud Kurakin zum Mittagessen ein und versprach, einen Wagen zu senden. Der Hofmarschall titulierte ihn immer „Hoheit.“ Um den Zeremonien zu entgehn, wartete Kurakin den Wagen nicht ab und erschien als Privatmann in einer Portekaise, aus der er sofort in einen Saal trat und den Marschall nebst Kavalieren antraf. Da der Herzog noch nicht angekleidet war, mußte Kurakin eine halbe Stunde warten. Um seiner Würde nichts zu vergeben, begab er sich in die anstoßenden Appartements, wo fremde Fürstlichkeiten abstiegen. Dann wurde er ins Audienz-zimmer gerufen, und es fand die übliche Begrüßung statt. Vom Herzog begab

sich Kurakin zur Mutter der Braut des Zarewitsch, Herzogin Luise, die er über die Absichten des Zaren beruhigte. Die Herzogin begleitete ihn dann bis zur Tür. In diesem wie an den nächsten Tagen seines Braunschweiger Aufenthalts aß Kurakin mit der herzoglichen Familie zu Mittag.

Am 4. Februar hatte er Morgens um zehn Uhr beim Kaffee mit dem Herzog eine Konferenz wegen der Ehe. Anton Ulrich wiederholte, er glaube nicht den am sächsischen Hofe verbreiteten Gerüchten von der Absicht des Zaren, eine katholische Prinzessin zu wählen. Bei dieser Gelegenheit warnte der Herzog Kurakin vor dem hannoverschen Hofe, der „zugunsten Schwedens handle“ und Wolfenbüttel nicht gern in einer Position sähe, die ihm unangenehm werden könne. „Wenn aber der Kurfürst die Ehe zugunsten der schwedischen Politik hintertreiben will, so schließen wir mit den andern Alliierten ein Bündnis mit dem Zaren und schwächen Hannover.“ Kurakin schrieb dann an Golowkin, der Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel wünsche mit Rußland ein Bündnis zu schließen unter der Bedingung einer Unterstützung vom Zaren „für 3000 Mann Infanterie.“ Kurakin fand das vorteilhaft, weil Braunschweig „im Reich jegliche Unordnung anrichten und die Fürsten an einer Unterstützung Schwedens verhindern“ könne. Über dieses Bündnis konferierte in Braunschweig mit Kurakin auch der Minister Schleinitz, wie früher der Herzog selbst mit dem russischen Gesandten in Wien, Urbich, darüber gesprochen hatte.

Weiter äußerte der Herzog in der obigen Konferenz über die Ehe seine Befürchtung über den Aufenthalt des Zarewitsch in Dresden. „Wenn daraus nur kein Unheil entsteht! In Sachsen braut man einen starken Trank, von dem manchem schwach wird.“ Der Herzog sprach dann mit Kurakin über Gerüchte, wonach der Zar beabsichtige, seine Nichten zu verheiraten; die eine an den Fürsten von Hessen-Kassel, die andre an den Fürsten von Kurland; er sprach weiter von dem Argwohn des Zaren gegen König August und der Absicht, den polnischen Thron Menschikow zu überliefern; von dem Wunsche des Königs von Preußen, die „polnischen Preußen“ als Untertanen zu gewinnen, wofür Kurland an Polen abgetreten und der Herzog von Kurland in Deutschland entschädigt werden sollte. Dann fragte der Herzog Kurakin, durch wen er seinen Schriftwechsel mit dem Zaren am besten besorgen lassen könnte, und bat schließlich um Empfehlungen an den Zaren.

Aus Kurakins Mitteilungen über den Besuch bei Anton Ulrich geht hervor, daß zwischen diesem und dem Kurfürsten von Hannover damals Eifersüchteleien bestanden. Für Kurakin war dieser Umstand natürlich wertvoll; er erfuhr auf diese Weise alle Neuigkeiten vom hannoverschen Hofe, lernte die deutschen Zustände genau kennen und handelte dementsprechend. So erfuhr er vom Herzog, daß die Schweden Bremen und Verden niemals an Hannover verkaufen,*) und daß sich ganz Deutschland diesem Kauf widersetzen würde. Zum letztenmal sah Kurakin den Herzog Anton Ulrich Ende Juli bei der Abreise aus Hannover. Graf Golowkin teilte ihm mit, der russische Gesandte in Dänemark, Fürst Dolgoruki, hätte dem Zaren über den Wolfenbüttler General Jordan berichtet,

*) St 1719 bekanntlich gesehen.

der Peter in Marienwerder zum Siege bei Poltawa gratuliert habe. Jordan machte in Hamburg dem schwedischen Residenten vom Wunsche des Zaren nach Frieden Mitteilung, unter der Bedingung, daß alle von den Russen eroberten Landesteile mit Ausnahme von Petersburg und Schlüsselburg abgetreten würden. Auch sonst handelte Jordan mehrfach gegen das Interesse des Zaren, der dann schließlich den Wunsch äußerte, daß man Jordan etwas „dämpfen“ möchte. Aus diesem Anlaß kam Kurakin noch einmal nach Braunschweig, wo er mit großen Ehren empfangen wurde. Der Herzog saß bei Tisch neben ihm und trank ihm vor dem schwedischen Gesandten zu, was Kurakin mit Befriedigung feststellte. In der Sache gab Anton Ulrich die Versicherung ab, daß er an der Einmischung in die Friedensverhandlungen unbeteiligt sei; das läge ihm gänzlich fern. Jordan hätte niemals einen solchen Auftrag von ihm erhalten.

Kurakin zog aus der Bekanntschaft mit Anton Ulrich auch persönlichen Vorteil: er hatte einen damals dreizehnjährigen Sohn, dem er eine europäische Erziehung geben wollte. Diesen Sohn brachte er in der Wolfenbüttler Akademie unter. Kurakin schreibt darüber: „Ich habe hier eine gute Okkasion gefunden: der Herzog von Wolfenbüttel hat mir versprochen, Alexander (den Sohn) in seine Akademie aufzunehmen, woraus ich großen Vorteil habe. Hier lernt er Sprachen, und ich lasse meinen Sohn hier in guter Zuversicht.“ Die Gelegenheit, den Sohn im Hause des Herzogs unterzubringen, war wegen der Ehe des Zarewitsch wirklich günstig. Die Ehe wurde am 14. Oktober 1711 in dem Städtchen Torgau vollzogen. Unstreitig hat Kurakin an dem Zustandekommen fleißig mitgewirkt. Hierauf deutet u. a. ein interessantes Dokument, das auch für den Gesandten in Wien, Urbich, Bedeutung hat und von der Vorsicht des Fürsten Kurakin Zeugnis ablegt. Einem Briefe, den Kurakin am 29. Juni aus Hannover abschickte, war als Postskriptum ein Billett beigelegt, das Dgarkow, der Kammerdiener Kurakins, geschrieben hatte. Das Billett lautet: „Letzte Woche traf ich mit dem Herzog von Wolfenbüttel zusammen, der die Sache (die Ehe) zu Ende bringen will und den Vertrag (Ehevertrag) von Gesandten einer kompetenten, nicht aber einer fremden Macht ratifiziert wünscht; auch sagt er offen, daß die Verzögerung (der Ehe) vom Residenten in Wien (Urbich) herrührt. Ich habe aus diesen Gesprächen entnommen, daß man den baldigen Abschluß wünscht. Durch andre weiß ich, daß hier eine Belohnung des Hofes von mindestens 15—20 000 Speziestalern abfällt.“

Kurakin wollte, indem er dieses dem Adressaten, russischen Vizkanzler Schafirow mitteilte, diesem offenbar gefällig sein; Urbich, der die Sache eingefädelt hatte, genoß offenbar in Wolfenbüttel kein Vertrauen; es ist möglich, daß der Adressat des Briefes, Schafirow, zum Vollzug des Ehevertrags ausersuchen war. Kurakin selbst gehörte nicht zu der russischen Partei, die die Ehe des Zarewitsch mit einer ausländischen Prinzessin, noch dazu evangelischen Glaubens, ungern sah. Sonst hätte er sicher niemals seinen Sohn auf die Wolfenbüttler Akademie gegeben.

Nach Erledigung seiner Geschäfte in Hannover sollte Kurakin nach England gehn. Aber dazu gehörte Geld. Und die Mittel des Fürsten waren erschöpft. Er schrieb mehrfach um Geld, aber immer umsonst. „Mit wenig

Geld läßt sich in England nichts ausrichten; bei dem teuern Leben in London erhalten alle Residenten den doppelten Gehalt im Vergleich mit andern europäischen Höfen. In England ist ein Parlament und eine zahlreiche vornehme Gesellschaft. Infognito in London leben hat keinen Zweck und schädigt die Staatsinteressen. Umgang und gute Bekanntschaft kosten aber Geld.“ Erst im September erhielt Kurakin in Holland 4000 Taler, und bald darauf fuhr er nach England.

In Hannover hatte er am 27. Juli 1710 die letzte Audienz beim Kurfürsten, in Herrenhausen, im Lustschloß. Die Unterhaltung wurde Italiensisch geführt. Georg Ludwig dankte Kurakin für seine Dienste und bat ihn, dem Zaren die Versicherung seiner Freundschaft zu übermitteln. Kurakin erwiderte sehr kurz, da er eine volle Stunde hatte warten müssen und infolgedessen verstimmt war. Der Kurfürst teilte ihm dann den Inhalt seines Antwortschreibens auf das Kreditiv Kurakins mit, das ihm Nachts ins Haus geschickt wurde. Als Erläuterung fügt Kurakin hinzu: Es besteht an allen Höfen Europas die Gewohnheit, das Beglaubigungsschreiben eines Gesandten nicht dem Souverän selbst bei der Vorstellung zu überreichen, sondern es wird vorher zum Marschall zur Durchsicht geschickt, und dann wird die Audienz gewährt. Ähnlich ist es bei der Entlassung eines Gesandten. Die Antwort auf das Beglaubigungsschreiben wird ihm zunächst zur Durchsicht geschickt, dann wird die Abschiedsaudienz anberaumt, in der der Inhalt mitgeteilt und die Absendung an den Hof bekannt gegeben wird.

Kurakin hatte während der Audienz die italienisch-französischen Worte des Kurfürsten: *letera di recreance saro en noce pour moi a ma mason* nicht richtig verstanden. Nach der Audienz beim Kurfürsten war Kurakin bei der Kurfürstin Sophie, die ihn sehr liebenswürdig verabschiedete. Er bemerkt über sie in einem Briefe, sie habe immer „besondere Achtung und Neigung für die Interessen des Zaren“ bewiesen. Von dem Kurprinzen und der Prinzessin dagegen, von denen er sich dann verabschiedete, schreibt er: „Sie sind jederzeit gegen unsre Interessen gewesen.“

Am nächsten Morgen, am 28. Juli, reiste Kurakin aus Hannover ab. Bei der Abschiedskonferenz mit den Ministern Bernsdorff, Elze und Göriz sagte Kurakin, das Bündnis Rußlands mit Hannover solle im gegenwärtigen Nordischen Kriege dazu dienen, die Neutralität des Reichs zu sichern, die Truppen Krassaus nicht aus Pommern nach Polen und Sachsen zu lassen und ebenfalls nicht aus Bremen; ferner den Gegner nicht mit Geld zu unterstützen. Der Zar würde sein Wort halten. Die Minister erwiderten hierauf zustimmend und sprachen die Hoffnung aus, daß der Kurfürst einen Gesandten zum Zaren schicken würde. Damit endete Kurakins Mission am hannoverschen Hofe.

Oldenburg i. G.

Adolf Hef

